

9.41

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (FPÖ):** Frau Präsident! Werte Mitglieder der Bundesregierung! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Jedes Mal aufs Neue gilt es hier in einer Debatte zum verfehlten Zugang der Bundesregierung zu den Themenfeldern Asyl und Zuwanderung festzuhalten, dass Sie nach wie vor kein Problembewusstsein haben – insbesondere der Bundeskanzler!

Ich muss Sie schon fragen, Herr Bundeskanzler – und gerne würde ich Ihnen jetzt bei dieser Frage auch in die Augen schauen, um Ihre Mimik zu verfolgen –: Haben Sie sich schon einmal die Frage gestellt, wofür Sie an sich als Kanzler gewählt wurden beziehungsweise in diese Funktion gesetzt wurden (*Abg. Strache: Nicht gewählt!*), nicht von der Bevölkerung gewählt, aber nominiert? – Um Verantwortung zu tragen und in korrekter Weise mit der Republik Österreich und auch mit der Ihnen übertragenen Verantwortung umzugehen! (*Zwischenruf bei der SPÖ.*)

Herr Bundeskanzler, Sie haben als Gast hier im Hohen Haus in einer besonderen Form der Überheblichkeit mit den Abgeordneten des Hohen Hauses gesprochen, nur noch übertroffen von einer polemisierenden Rede des Herrn Klubobmanns Schieder, der in dieser Art und Weise beziehungsweise in dieser Niveaulosigkeit selten hier aufgetreten ist. Ich muss Ihnen schon sagen: Ihnen, Herr Bundeskanzler, und auch Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, insbesondere jenen von der Sozialdemokratie, dürfte entgangen sein, dass die österreichische Bevölkerung nicht zuletzt aufgrund Ihrer Versäumnisse unter einer unkontrollierten Massenzuwanderung unter dem Deckmantel des Asyls zu leiden hat (*Beifall bei der FPÖ*), und das einerseits nicht gerade knapp und nicht erst seit gestern, sondern schon seit über einem Jahr, und das ist erst der Beginn einer tatsächlich auf uns zukommenden Völkerwanderung.

Wenn wir an all das denken, dieses Problembewusstsein an sich leben, dann müssen wir sagen: Es wäre schon längst – ich betone: schon längst! – zu handeln gewesen. Deswegen: Hören Sie auf, zu diskutieren, und fangen Sie an, zu regieren, denn dafür sind Sie in dieser Funktion! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn Sie aber diese Verantwortung in dieser Bundesregierung nicht wahrnehmen wollen, dann machen Sie den Weg frei für Neuwahlen – für jene Verantwortungsträger in diesem Land, die auf die eigene Bevölkerung, auf das eigene Volk achten wollen und unsere Heimat, unsere Traditionen, unseren Sozial- und Gesundheitsstaat und unsere Sicherheit schützen und aufrechterhalten wollen! (*Neuerlicher Beifall bei der FPÖ.*)

Ich sage Ihnen, Herr Bundeskanzler: Der von Ihnen angekündigte New Deal ist nichts anderes als ein Asyl-Deal (*Abg. Strache: Und die Maschinensteuer ist eine zusätzliche Steuer!*), ein Asyl-Deal für die Asylindustrie, für die Schlepper – in Klammern: Schleppermafia –, aber auch für die Wirtschaftsmigranten dieser Welt, denn es hat sich da nichts geändert.

Sie haben das heute selbst festgehalten – ich habe mir gedacht, ich höre nicht richtig! –, als Sie hier sagten, die Fremden, die zu uns ins Land gekommen sind, werden „wahrscheinlich auch dauerhaft“ in Österreich bleiben. (*Ruf bei der FPÖ: Unglaublich!*) Das waren Ihre Worte, Herr Bundeskanzler! – Das ist doch eine massive und unverantwortliche Fortsetzung der Einladungspolitik der letzten Monate und Jahre zulasten unserer Steuerzahler, unserer Bevölkerung und unserer Heimat. (*Beifall bei der FPÖ.*) Einerseits wird mit geschönten Asylzahlen gearbeitet, auf der anderen Seite wird beispielsweise in Kärnten, in Villach, ein Großcontainerdorf wieder aufgebaut, es wird weiter mit dem Durchgriffsrecht hasardiert, quer durch Österreich, nur weil man nicht fähig ist, die eigene Macht auszuspielen und jene Personen außer Landes zu halten, die hier einfach nichts zu suchen haben.

Weil man hier sagt, das Dublin-Abkommen sei nicht anwendbar gewesen: Natürlich war es anwendbar, Sie haben es nur nicht angewendet! (*Beifall bei der FPÖ.*) Jederzeit hätte man an der österreichischen Grenze jedem Fremden, der aus Slowenien oder aus Italien über die österreichische Grenze in unser Land gekommen ist, sagen können: Zurück, du bist in Slowenien nicht verfolgt, du bist in Italien nicht verfolgt, diese Staaten trachten nicht nach deinem Leben, und aus diesem Grund haben wir in Österreich laut Dublin-Abkommen das Recht, dich zurückzuweisen!

Es gibt kein Recht auf Asyl in Österreich für jene Personen, die aus sicheren Drittstaaten nach Österreich einreisen wollen (*Beifall bei der FPÖ*), noch dazu unkontrolliert, beispielsweise auch mit der Ausrede, weiter nach Deutschland zu wollen, um dort um Asyl anzusuchen, wobei viele von ihnen dann auch durchgeschleppt werden, weiterhin staatlich unterstützt durchgeschleppt werden.

Ich sage Ihnen: Die Bundesregierung wäre gut beraten, endlich einmal den Schritt zu setzen, zu sagen, wenn jemand weiter nach Deutschland will, hat zuerst Deutschland die Zusage zu geben, dass diese Person dort auch aufgenommen wird, denn dann gibt es nämlich auch keine Zurückweisung beziehungsweise keine Zurückschiebung mehr von Deutschland nach Österreich, weil Deutschland dann auch die Verantwortung zu übernehmen hat, wenn es diese Person haben will. Einfach alle hereinzunehmen, staatlich gefördert durchzuschleppen, ist aber genauso verantwortungslos, wie unserer

Bevölkerung all das aufzubürden, was Sie durch fehlenden Mut und fehlende Verantwortung in Ihrer Regierung verbrochen haben, verehrte Damen und Herren!  
*(Beifall bei der FPÖ.)*

Ebenso ist es ein Wahnsinn und spricht für sich und gegen diese Regierung, dass Sie nicht bereit sind, endlich eine Kürzung der Sozialleistungen für Fremde in diesem Land vorzunehmen, denn eines ist klar: Es ist da eine Ungleichbehandlung all jener unserer Bürger gegeben, die ein Leben lang für Österreich gearbeitet haben, ein Leben lang in unser System eingezahlt haben, ein Leben lang Leistungen für unsere Gesellschaft erbracht haben *(Präsidentin Bures gibt das Glockenzeichen)* und teilweise oder zum Großteil weniger Anspruch auf Sozialleistungen und auf Gesundheitsleistungen im Österreich der Gegenwart haben, als jene Menschen, die nach Österreich kommen, um sich bei uns in das soziale Netz zu setzen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In diesem Sinne ist die Bundesregierung gut beraten, endlich zu handeln und, wie ich vorhin gesagt habe, aufzuhören, zu diskutieren, und endlich anzufangen, zu regieren.  
*(Beifall bei der FPÖ.)*

9.47

**Präsidentin Doris Bures:** Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Mag. Korun. – Bitte.